

PRESSEINFORMATION vom 16. August 2005

Bonner Oberbürgermeisterin 400ste Unterzeichnerin des Manifests „Illegale Zuwanderung“

Das Manifest „Illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion“ wurde am 2. März 2005 erstmals vorgestellt. Seither steigt die Unterstützung weiter: Mit der heute erfolgten Unterschriftshinterlegung der Bonner Oberbürgermeisterin und Ratsvorsitzenden Bärbel Dieckmann überstieg die Zahl der Unterzeichner die Schwelle von 400 prominenten Personen, Organisationen und Institutionen. Unter den seit März hinzugekommenen Unterzeichnern sind außerdem die Berliner Sozialsenatorin Dr. Heidi Knake-Werner, der Journalist Joachim Jauer, Bernhard Vogel, Provinzialobere katholischer Männerorden, der Schutzverein der Franchisenehmer & Lizenzträger und der Gemeinderat der Stadt Freiburg.

Hintergrund für die Bonner Unterzeichnungen sind Entwicklungen vor Ort, die zeigen, welche Konsequenzen die rechtliche Unsicherheit humanitär motivierter Hilfe für alle Beteiligten – Träger von Kindergärten, Behörden, illegale Kinder und deren Eltern – haben kann. Denn dort ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiter des Jugendamtes, weil in städtischen und kirchlichen Einrichtungen ausländische Kinder ohne Aufenthaltsstatus betreut wurden. Bonn (Oberbürgermeisterin, Stadtrat, Integrationsrat) vertritt, ebenso wie das Katholische Forum *Leben in der Illegalität*, die Haltung, dass der Kampf gegen unerlaubte Zuwanderung nicht auf dem Rücken von Kindern ausgetragen werden darf. Es gilt eine Trennlinie zu sichern zwischen menschenrechtlichen Grundstandards wie etwa der medizinischen Versorgung, dem Schulbesuch illegaler Kinder und dem Schutz vor Ausbeutung einerseits, und dem Recht des Staates andererseits, unerlaubten Aufenthalt kontrollieren zu dürfen.

Entsprechend bekräftigt das Katholische Forum *Leben in der Illegalität* seine Forderung, rechtliche Unklarheiten hinsichtlich der Er- und Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen (§ 87 AufenthG) sowie der Strafbarkeit humanitär motivierter Hilfe für ‚Illegale‘ (§§ 95 und 96 AufenthG) zu beseitigen.

Gerade weil anzunehmen ist, dass auf Bundesebene im nun begonnenen Bundestagswahlkampf die Probleme aufenthaltsrechtlicher Illegalität keine angemessene Beachtung finden, bzw. die Gefahr besteht, dass die Aufmerksamkeit für diese Probleme, angesichts der Londoner Terroranschläge, erneut einer sicherheitspolitischen Debatte zum Opfer fällt, ist es wichtig, wenn die gesellschaftspolitische Basis für humanitäre und pragmatische Initiativen in der nächsten Legislaturperiode weiter anwächst. Der Vorsitzende des Katholischen Forums, Weihbischof Dr. Josef Voß macht deutlich: „Die steigende Zahl der Unterzeichner des Manifestes signalisiert uns ein deutliches Interesse an einem aufrichtigen und pragmatischen Umgang mit dem Thema Illegalität. Es macht zugleich aber auch eine Dringlichkeit deutlich, die es der künftigen Bundesregierung zu vermitteln gilt.“

Weitere Informationen: Dr. Ute Koch, Katholisches Forum Leben in der Illegalität. Tel: 0160 / 96 70 87 88

Anlage: Manifest Illegalität für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion